

Aufsatz

Gernot Pürer

»Ein Amoklauf, der sich im Kreise des Kapitalismus dreht«

Zur Rezeption des *Konzepts Stadtguerilla* der RAF in linksextremen Zeitschriften Anfang der 1970er-Jahre

Abstract: Ein Jahr vor Beginn der »Mai-Offensive« von 1972, mit der die »Rote Armee Fraktion« (RAF) jene jahrzehntelange Kampagne von Anschlägen beginnt, die sie zur berüchtigtsten Terrororganisation der deutschen Nachkriegsgeschichte machen wird, publiziert die Gruppe mit dem *Konzept Stadtguerilla* ihre erste und bedeutendste Propagandaschrift. Dieses Grundsatzprogramm war auch eine öffentlichkeitswirksame Präsentation der Motivationen und zukünftigen Vorhaben der Gruppe. Der Beitrag geht der Frage nach, inwieweit sich die linksextreme publizistische Szene Westberlins zu Beginn der 1970er-Jahre mit der Programmatik und dem Weltbild des RAF-Konzepts auseinandergesetzt hat. Zu diesem Zweck werden drei Periodika aus dem Umfeld der radikalen Studentenschaft und Anarchisten-Szene auf die Rezeption des Stadtguerillakonzepts hin untersucht. Dabei zeigt sich, dass sich die Beurteilungen von Gruppe und Konzept trotz ideologischer Nähe zur RAF erheblich unterscheiden.^[1]

Mit der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer im sogenannten »deutschen Herbst« 1977 hat sich die kleine Schar sozialrevolutionärer Terroristen mit dem Namen »Rote Armee Fraktion« (RAF) endgültig im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland festgesetzt. Seither ist rund um das Thema RAF eine Erinnerungsindustrie entstanden, die sich in unter-

1 Der Beitrag beruht auf der Magisterarbeit des Autors am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien von 2019.

schiedlichsten Facetten manifestiert. Das Spektrum reicht von kontrovers diskutierten Ausstellungen, biographischen Werken und künstlerischen Bearbeitungen in Film, Theater und Musik über zahlreiche Romantisierungen, Trivialisierungen und Popularisierungen²⁾ bis zu journalistischen Selbstreflexionen zum medialen Umgang mit dem Phänomen Terrorismus. Die Fülle an Aufmerksamkeit, die dem Thema auch heute noch gewidmet wird, ist damit auch ein Anhaltspunkt für das Geschick der RAF in Sachen Propaganda, das über ihre Gewalttaten hinaus bis in die Gegenwart nachwirkt. Nachdem man mit der spektakulären Befreiungsaktion von Andreas Baader im Mai 1970 in die nationalen Schlagzeilen gelangt und ins Licht einer breiten Öffentlichkeit getreten war, brachte die Gruppe über die *Agit* 883, eine prominente Zeitschrift der antiautoritären und linksradikalen Szene, eine erste Erklärung zur Tat in Umlauf. Darauf folgte ein Jahr später ein mehrseitiges Manifest, das Ideen und weitere Vorhaben in Form einer Broschüre präsentierte: das *Konzept Stadtguerilla*. Zeitschriften des äußersten linken Spektrums druckten die Schrift in ihrer Gesamtheit oder in Auszügen ab.

Trotz mancher Verklärungen und gar zu nostalgischer Rückschau bleibt das Bild der RAF aufgrund ihrer Taten in seiner Gesamtheit verständlicherweise negativ. Doch wie stellt sich die Situation in der Gründungsphase der Gruppe dar, als sie noch als Kind wie als Bestandteil einer lebhaften Streit- und Protestkultur der späten 1960er-Jahre galt? Wie wurden die im *Konzept Stadtguerilla* gesponnenen Ideen im Kreis der Zeitgenossen aus der 68er-Bewegung rezipiert? Ideen, die meist aus gesellschaftskritischen Analysen und ideologischen Diskussionen ebendieser gegenkulturellen Strömungen hervorgegangen sind. Für Antworten bietet sich eine Betrachtung des medialen Wiederhalls und der journalistischen Aufbereitung rund um die Veröffentlichung des RAF-Grundsatzpapiers an.

Wer sich dabei nur auf etablierte Massenmedien konzentriert, wird bald an Grenzen stoßen. Dass die traditionelle Medienlandschaft jener Tage – von Kritikern leicht verächtlich als »bürgerliche Presse« titulierte – den Ideen und Forderungen der 68er-Bewegung skeptisch bis ablehnend gegenüberstand, ist nicht neu. Ein Verhältnis, das auf Gegenseitigkeit beruhte. Aufschlussreich erscheinen Publikationen, die sich selbst im Geist der Protestkultur definierten und als Alternative zu etablierten Presseorganen und Massenblättern positionierten. Sprachrohre einer meist selbst proklamierten Gegenöffentlichkeit wie Studentenzeitungen, alternative Nachrichtenverteiler, gegenkulturelle Szeneblätter oder Veröffentlichungen linkssozialistischer Splittergruppen, die sich ideologisch mit der Sache identifizierten und aufgrund ihrer politischen Orientierung die RAF und ihr Konzept einer mehr oder weniger kritischen Prüfung zu unterziehen bereit waren.

2) Beispiele sind die Linie »Prada Meinhof« des Mode-Labels »Elternhaus«, der auf Punk- und Rockkonzerte spezialisierte Cateringservice »Rote Gourmet Fraktion« oder Songtitel wie »Die Söhne Stammheims« (2001) von Jan Delay und R.A.F. (2001) der Band WIZO.

Der Umstand, dass eine beträchtliche Anzahl von Studentinnen und Studenten jener Zeit, die später auf Jahrzehnte den bundesdeutschen Medien-, Kultur- und Wissenschaftsbetrieb mitprägen sollten, ihre ersten journalistischen Spuren derartigen Publikationen verdanken, verleiht diesen als Orten politischer und journalistischer Sozialisation auch heute noch eine gewisse Relevanz.³ Als Untersuchungsgegenstand sind die alternativen Medienprodukte der späten 1960er- und frühen 1970er-Jahre auch deshalb interessant, weil es sich dabei um die ersten deutschsprachigen Produkte einer modernen Gegenöffentlichkeit handelt, die sich am Schnittpunkt zwischen Journalismus und Politik, Politisierung des Journalismus und politischer Propaganda bewegten. Damit eröffnen sich Vergleichsmöglichkeiten zu Inhalt, Stil und Zielsetzung diverser Publikationen und Online-Medienportale der Gegenwart, die ebenfalls mit Alternativanspruch auftreten (vgl. Hooffacker 2020).

Methodik

Drei ausgewählte Zeitschriften aus dem linkssozialistisch-studentischen Milieu Westberlins wurden mit Hilfe einer inhaltlichen Strukturierung (vgl. Mayring 2015) ausgewertet: Die *Agit 883*, das Magazin *FIZZ* und die Zeitschrift *Hochschulkampf* (auch *HSK*). Alle drei Publikationen waren in der Konsolidierungsphase der RAF Anfang der 1970er-Jahre regelmäßig aktiv und hatten Westberlin als Erscheinungsort. Dessen Wahl ist dem Umstand geschuldet, dass die Freie Universität (FU) Berlin ein Angelpunkt der Entstehung und Entwicklung der studentischen Protestbewegung in den 1960er-Jahren war (vgl. Peters 1991: 41), in der sich auch Gründungsmitglieder der RAF engagiert haben. Die *Agit 883* etablierte sich ab Ende der 1960er-Jahre als anerkanntes Szenemedium der Berliner Gegenkultur, was die RAF veranlasste, die Zeitschrift für die Publikation ihres »Gründungsmanifests« (*Die Rote Armee aufbauen*) zu nutzen. In der *Agit 883* wurde zum ersten Mal ein Text der RAF veröffentlicht. Die *FIZZ* wurde wegen ihrer Gründung durch ehemalige Mitglieder der *Agit 883* für die Untersuchung ausgewählt. Mit dem *Hochschulkampf* (*HSK*) wurde eine jener Publikationen aufgenommen, die sich im Umfeld der zahlreichen maoistisch-leninistischen Kleinstparteien und Studentengruppen bewegten, die nach dem Ende der großen Proteste Anfang der 1970er-Jahre wie Pilze aus dem Boden schossen. Außerdem hat sie in der Spätphase der *Agit 883* auch kurzzeitig mit dieser kooperiert (vgl. Andresen/Mohr/Rübner 2007: 25).

Die Untersuchung berücksichtigt den Zeitraum vom 11.5.1971 bis 3.3.1972 und konzentriert sich auf wenige Zeitschriftenexemplare. Mit Ausnahme der *Agit*

3 Etwa der renommierte Politikwissenschaftler, Historiker und Journalist Götz Aly, der Mitherausgeber der Zeitschrift *Hochschulkampf* war.

883 erschienen die Publikationen ohnehin nur innerhalb dieses Zeitfensters. Der 11. Mai 1971 ist das Datum der Veröffentlichung des *Konzepts Stadtguerilla*, das von der *Agit 883* in Ausgabe 80 gedruckt wird. Ein Jahr später, am 3. März 1972, erscheint die letzte Ausgabe des *HSK. Agit 883* und die *FIZZ* stellen ihre Publikationstätigkeit schon kurz vorher ein. Insgesamt ergibt sich eine Zahl von 29 untersuchten Ausgaben.

Zur Strukturierung werden aus dem *Konzept Stadtguerilla* thematische Schwerpunkte isoliert, auf die sich der Text in unterschiedlicher Intensität wiederholt bezieht: Kritik an der deutschen Linken, personelle Träger einer Revolution, Demokratiedefizit der BRD, Medienlandschaft der BRD, Einstellung zur Gewaltanwendung, Primat der Praxis, Avantgardeanspruch und Fragen zu Legalität/Illegalität. Diese Themenkomplexe werden als Grundlage der Analyse jener Artikel aus den drei Zeitschriften herangezogen, die sich konkret mit einer Diskussion der RAF-Konzepte beschäftigten. Auf diese Weise ermittelte Aussagen und Kommentare wurden paraphrasiert, zusammengefasst und auf die redaktionelle Einschätzung und Beurteilung hin gefiltert.

Historischer Kontext: SDS, APO und Studentenprotest

Die Genese der RAF ist mit der Entstehung einer kulturrevolutionären Opposition verknüpft, die sich ab 1960 in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hatte. Als treibende Kraft kristallisierte sich eine bundesweite Studentenbewegung heraus, deren Ausgangspunkt die Westhälfte der seit 1961 geteilten Stadt Berlin war. Dass ausgerechnet das territorial isolierte Westberlin zum Zentrum der Studentenbewegung avancierte, hat nach Butz Peters (1991) drei Gründe:

- Erstens besaß die FU Berlin mit dem Otto-Suhr-Institut die größte Einrichtung zur politikwissenschaftlichen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland und war Sammelbecken und Kristallisationspunkt manifoldiger politischer Theoriekonzepte.
- Zweitens war die Einwohnerschaft Westberlins vom Wehrdienst befreit, was einen erhöhten Zuzug junger Studierender aus dem gesamten bundesdeutschen Raum zur Folge hatte.
- Die dritte Ursache mag in der besonderen Atmosphäre jener Tage gelegen haben, in der sich der Inselcharakter der Stadt als Außenposten des Westens inmitten der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) als Speerspitze des Kalten Krieges spiegelte und die bald als Katalysator einer lebendigen Gegenkultur zu wirken begann.

Federführend bei der Organisation früher Kundgebungen und Demonstrationen wurde der 1946 als Studentenvertretung der SPD gegründete Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Nachdem es nach inneren Querelen 1961 zum

Bruch mit der SPD gekommen war, brachte sich der nun parteiunabhängige SDS intensiv in die sich langsam formierende studentische Protestbewegung ein (vgl. Peters 1991: 42).

Obwohl der Nachwelt besonders die spektakulären Kundgebungen mit tagespolitischem Bezug (Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, Proteste gegen die Staatsbesuche von US-Vizepräsident Hubert H. Humphrey oder des Schahs von Persien) im Gedächtnis geblieben sind (vgl. Juchler 2006: 214), war der tatsächliche Anlass des Widerstandes die Wahrung studentischer Eigeninteressen. Aufgestauter Unmut über fortschreitende Verkrustungserscheinungen des Universitätssystems brachen sich Bahn und fanden in Parolen vom »Muff von tausend Jahren«, der sich unter den Professorentalaren angesammelt habe, ihren Ausdruck (vgl. Straßner 2008: 212).

Im Dezember 1966 wird unter Bundeskanzler Kiesinger die erste große Koalition der deutschen Nachkriegsgeschichte zwischen CDU und SPD geschlossen. Diese Regierung unter maßgeblicher Beteiligung des ideologischen Erzfeinds CDU wird von großen Teilen einer politisch links stehenden Studentenschaft strikt abgelehnt. Die in der Opposition verbliebene FDP vermag der großen Koalition nichts entgegenzusetzen und wird marginalisiert. Der Ruf nach neuen Initiativen wird laut und gipfelt im losen Zusammenschluss von studentischen Gruppierungen, Schülern, Lehrlingen, junger Arbeiterschaft, Gewerkschaftern, Künstlern und Intellektuellen. Nach dem Willen der Organisatoren soll eine »wahre Opposition« außerhalb des bundesdeutschen Parlamentes entstehen. Es ist die Geburtsstunde der »außerparlamentarischen Opposition« (APO).

Darauf folgt die zunehmende Radikalisierung eines Großteils der Protestbewegung. Diese propagiert zwar offiziell die Rettung der Demokratie aus dem vermeintlichen Würgegriff einer als erdrückend empfundenen gesellschaftlichen Ordnung, doch als letzte Konsequenz wird eine Ablösung der repräsentativen Demokratie durch eine plebiszitäre Räterepublik betrieben. Damit trägt die Bewegung nun zum Teil antiparlamentarische Züge (vgl. Schneider 1969: 72).

Aus den bis 1965 noch spontanen Kundgebungen und einer romantisierenden Verbrüderung mit den Antikolonialbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wird eine straff organisierte Fundamentalopposition, die einen militanten Aktionismus unterstützt. Auch gesellschaftliche Institutionen wie die Massenmedien werden aggressiv hinterfragt.

Manipulationsmaschine Massenmedien

In den 1960er-Jahren bilden die zurückliegenden Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und die Allgegenwart kommerzieller Werbung einen fruchtbaren Boden für medienkritische Betrachtungen. Als besonders einflussreich erwei-

sen sich die Theorien der Frankfurter Schule um Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas, deren Überlegungen im Urteil der Studierendenschaft über das deutsche Medienwesen aufgenommen wurden. Horkheimer hatte bereits in den 1940er-Jahren den Gedanken formuliert, dass ein autoritär geprägtes Staatswesen nahezu vollständig auf Repression verzichten kann, wenn es gelingt, das Bewusstsein der Bevölkerung dauerhaft zu manipulieren (vgl. Kraushaar 2006b: 1081). Die These wird später um den Begriff der Kulturindustrie ergänzt, die von einer gesellschaftlichen Elite als Instrument zur Ausübung und Festigung ihrer Macht missbraucht wird.

Der Presse fällt dabei eine Schlüsselrolle zu. Obwohl ihr das Potential eines gesellschaftspolitischen Korrektivs mit emanzipatorischer Kraft zugestanden wird, verhindere die Konzentration auf wenige Eigentümer und ablenkende Inhalte ein effektives Wahrnehmen dieser Pflichten (vgl. Elter 2008: 103). Hans Magnus Enzensberger (1974) kritisiert, dass Radio und Fernsehen zwar auf einer technisch-funktionalen Ebene viel Beachtung finden, aber ihre kommunikativen Möglichkeiten in der journalistischen Praxis kaum genutzt werden. Dem Journalismus komme es gar nicht auf eine selbstständige oder kritische Produktion von Inhalten an, sondern er begnüge sich mit der Vermittlungsfunktion und trage so zur Zementierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse bei (vgl. Enzensberger 1974: 106ff.).

Großen Widerhall erfährt ab 1962 die Habilitationsschrift *Strukturwandel der Öffentlichkeit* von Jürgen Habermas. Er definiert Öffentlichkeit als Raum, der für jede Demokratie im Mittelpunkt steht und für eine wachsame Kontrolle von Herrschaft und Staat unerlässlich ist. Weil das Prinzip Öffentlichkeit aber nicht in die staatliche Verwaltung vorgedrungen sei, entziehe diese sich jeder Kritik. So kann der Staat seine Entscheidungen auf der Verwaltungsebene isolieren und gegen die Interessen der Bürger durchsetzen. Habermas meint, dass dieses Defizit an Öffentlichkeit durch die Presse nicht ausgeglichen werden kann. Deren kritische Funktion sei durch ihre Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen zu stark eingeschränkt (vgl. Kraushaar 2006b: 1081ff.).

Diese Überlegungen spielten im Urteil der Studierendenschaft über die Medien eine maßgebliche Rolle. Sie ließen die Vorstellung reifen, dass die Bevölkerung quasi von Natur aus ein genuines politisches Interesse habe, das jedoch fragil sei und aktiv vor Beeinflussungen durch äußere Mächte geschützt werden müsse (vgl. Kraushaar 2006b: 1081ff.).

Auch die Presse selbst vertiefte mit ihrer oft tendenziösen Berichterstattung über die Studentenbewegung deren Abneigung gegenüber den etablierten Medien. Heftigster Kritik sahen sich die Massenblätter des Springer-Konzerns ausgesetzt. Der Konzern wird von der Studentenbewegung zu einem übergroßen Feindbild aufgebaut und der bewussten Manipulation der öffentlichen Meinung zugunsten der Herrschenden beschuldigt (vgl. Straßner 2008: 212). Weil die ver-

lageeigenen Publikationen auch noch die persönlichen Ansichten ihres Eigentümers Axel Springer⁴⁾ vertraten, die in krassem Gegensatz zu den Zielen von SDS und APO standen, spitzt sich die Gegnerschaft weiter zu. »Enteignet Springer!« wird zum Schlachtruf einer APO-Kampagne (vgl. Elter 2008: 105).

Ulrike Meinhof, Journalistin und späteres Gründungsmitglied der RAF, rechtfertigt 1967 in der Zeitschrift *konkret* das Verlangen nach dieser Enteignung:

»Weil jeder Versuch der Redemokratisierung dieses Landes, der Wiederherstellung von Volksherrschaft, der Bildung urteilsfähiger Bürger jetzt, wo Springer so groß und stark ist, wie er ist, an Springer scheitert, scheitern muß.« (Meinhof 1967: 2, zit. n. Kraushaar 2006b: 1086)

Alternative Medien und deren Produktion

Die negativen Erfahrungen mit der bundesdeutschen Boulevardpresse ließen ein starkes Verlangen nach medialer Gegenöffentlichkeit und alternativer Medienproduktion entstehen. Alternative Medien galten als notwendige Erweiterung der etablierten Medienlandschaft. Ihre Intention lag nicht in der direkten Konkurrenz um Marktanteile, sondern im konstruktiven Beitrag zu öffentlichen Diskursen. Durch kritische Medienbeobachtung und das Aufgreifen vernachlässigter gesellschaftlicher Problemfelder sollten zusätzliche Informationsmöglichkeiten geschaffen und dem Publikum die Möglichkeit geboten werden, den eigenen Horizont zu erweitern. Man wollte ein Medium von Betroffenen für Betroffene sein und deren Lebenswelten umfassend darstellen. Der Leserschaft sollten auch Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, weshalb man mit begrenztem Erfolg eine verständliche und nachvollziehbare Sprache anstrebte. Eine politische oder ideologische Färbung sollte nicht zwingend sein, war aber gegeben, wenn die Publikationen sich mit einer sozialen Bewegung identifizierten (vgl. Wimmer 2007: 159f.).

Die aus dem studentischen Milieu gewachsenen Publikationen, die sich Anfang der 1970er um die aus SDS und APO hervorgegangenen Splittergruppen scharten, wiesen auch organisatorische Besonderheiten auf. Während in klassischen Zeitungsredaktionen eine arbeitsteilige Top-Down-Hierarchie herrscht, dominierten in der Alternativpresse Redaktionskollektive und Selbstverwaltung. Zwänge, die sich behindernd auf die Redaktionsarbeit auswirken können, wurden nach Möglichkeit vermieden. Ressortübergreifende Arbeit der einzelnen Redakteure und Redakteurinnen war keine Seltenheit. Die Finanzierung war auf wirtschaftliche Unabhängigkeit ausgerichtet und bestand meist aus

4 Strikter Antikommunismus, keine Anerkennung DDR, pro-israelische und pro-US-amerikanische Ausrichtung, Verteidigung des Kapitalismus hinter der Maske der sozialen Marktwirtschaft.

einer Kombination von Verkaufserlösen, privaten Spenden, Mitgliedsbeiträgen gemeinnütziger Fördervereine und Einnahmen durch auf das Zielpublikum zugeschnittene Anzeigen. Trotz Straßen- und Abonnementverkauf wurde in der Regel kein finanzieller Profit angestrebt (vgl. Wimmer 2007: 212).

Der alternative Geist fand auch in der Gestaltung der Publikationen Ausdruck. Der durch finanzielle Selbstbeschränkung erzwungene Einsatz von billigem Material wurde zum identitätsstiftenden Faktor, der Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit suggerierte und einen gewissen Underdog-Charme versprühte. Ein Verzicht auf strenge Richtlinien, Abgabetermine oder Reglementierungen von Wort- und Zeichenzahl sollten eine ausführliche Berichterstattung ermöglichen. Künstlerisches Experimentieren, der spielerische Umgang mit Designelementen und chaotisch wirkendes Layout waren weitere Augenfälligkeiten halbprofessioneller und alternativer Zeitungsprojekte. Sie wurden manchmal bewusst eingesetzt, um einen visuellen Kontrapunkt zu den etablierten Medien zu setzen. Damit konnten alternative Publikationen sich mit der Zeit sogar zu Trendsettern des publizistischen Mainstreams wandeln.

Eine Rote Armee aufbauen: Das Konzept Stadtguerilla

Das im April 1971 als Broschüre in Amsterdam gedruckte Manifest und der knapp nach der Baader-Befreiung Mitte 1970 als Gründungsdokument (vgl. Kraushaar 2006a: 1191) publizierte Text »Die Rote Armee aufbauen« enthalten das ideologische Grundgerüst der Organisation. In ihnen vermischen sich Elemente von Strategiepapier, Kampfschrift, propagandistischem Pamphlet und versuchter Gesellschaftsanalyse. Die Inhalte, die nach internen Gruppendiskussionen in kollektiver Zusammenarbeit erstellt wurden (vgl. Peters 1991: 128), gewähren einen Blick in die Vorstellungswelten der ersten RAF-Generation um Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof. Vorrangig wird das Ziel verfolgt, plausible Argumente für zukünftige Gewaltakte zu präsentieren und solche im Voraus zu rechtfertigen, Motivlagen zu erklären und um Zustimmung oder Unterstützung von potentiellen Sympathisanten aus der Szene zu werben. Das Publikum soll von der Redlichkeit und Notwendigkeit der Sache überzeugt werden. Zum ersten Mal wird hier auch die Eigenbezeichnung »Rote Armee Fraktion« verwendet. Ein Entwurf des später markanten Logos mit Stern, RAF-Schriftzug und stilisierter Maschinenpistole taucht ebenfalls schon auf.^[5]

5 Das *Konzept Stadtguerilla* war nicht die letzte dieser programmatischen Schriften. Folgepublikationen waren jedoch innerhalb der RAF umstritten oder nur mehr oder weniger umfangreiche Aktualisierungen unter Berücksichtigung zeitgeschichtlicher Ereignisse. Auch wurden sie unter dem Eindruck der ersten terroristischen Aktionen verfasst und erreichten bei Weitem nicht mehr die Bedeutung oder das Interesse des ersten Konzepts (vgl. Peters 1991: 128).

In einer kurzen Verlautbarung, die anlässlich der Baader-Befreiung ebenfalls in der *Agit 883* veröffentlicht wird, präsentiert sich die Gruppe als Teil einer gerechten sozialen Bewegung, die weltweit gegen den amerikanischen Imperialismus zu Felde zieht. Denn dieser sei

»der Feind Südamerikas, der Feind des japanischen und vietnamesischen Volkes, der Feind aller Schwarzen von USA, der Feind der Arbeiter von Berlin [...]« (RAF Kollektiv 1970: 2).

Berlin wird zum »Vorposten des amerikanischen Imperialismus« (ebd.) erklärt. Der Kampf soll bewaffnet geführt werden, denn nur auf diese Weise könne man einem repressiven Staatsapparat wirksam entgegengetreten. Passiver Widerstand sei ob der Natur des Gegners sinnlos, denn

»Gandhi und Martin Luther King sind tot. Die Kugeln ihrer Mörder [...] haben den Traum von der Gewaltlosigkeit beendet. Wer sich nicht wehrt, stirbt. Wer nicht stirbt wird lebend begraben [...]« (ebd.)

Gewalt wird zu einem legitimen Mittel des Widerstands umfunktioniert und der Aufbau einer illegal aus dem Untergrund operierenden kämpfenden Truppe als Akt der Notwehr gerechtfertigt.

Trotz Verunglimpfungen des sozialdemokratischen Establishments und linker Intellektueller, die wenig schmeichelhaft das Etikett von »intellektuellen Schwätzern, Hosenscheißern« und »Alles-besser-Wissern« (RAF 1997a: 24) verpasst bekommen, sowie einer demonstrativen Verachtung akademisch-theoretischer Diskurse werden zahlreiche Zitate einschlägiger Theoretiker wie Marx und Lenin sowie linkssozialistischer Schriftsteller wie Régis Debray, aber auch Mao Tse Tung bemüht. Dies aber nur insoweit, als damit die Auffassungen der RAF zu militantem Vorgehen unterfüttert werden konnten und als Rechtfertigungen zu gebrauchen waren.

Die RAF reiht sich in die Tradition der russischen Oktoberrevolution als avantgardistische Elite und Speerspitze einer Revolution in Deutschland ein und betrachtet sich zugleich als Teil einer internationalen kommunistischen Befreiungsbewegung, die aufgrund ihrer dualistischen Weltansicht eine scharfe Trennung zwischen sich und den erklärten Feinden Imperialismus bzw. Kapitalismus und dessen Schergen in der BRD zieht. Gestützt auf den Primat der Praxis soll durch gewaltsame Aktionen endlich die Revolution ins Rollen gebracht werden. Zwischen den Zeilen wird der Plan erkennbar, den Staat zu Überreaktionen zu provozieren und so als demokratisch getarnte Farce eines faschistischen Regimes zu entlarven:

»[...] daß die Revolution kein Osterspaziergang sein wird. Daß die Schweine die Mittel natürlich so weit eskalieren werden, wie sie können, aber auch nicht weiter. Um die Konflikte auf die Spitze treiben zu können, bauen wir die Rote Armee auf.« (RAF 1997a: 25)

Und weiter:

»Die Konflikte auf die Spitze treiben heißt: Daß die nicht mehr können, was die wollen, sondern machen müssen, was wir wollen.« (RAF 1997a: 26)

Auch dem Springer-Konzern, dem Journalismus und den Entwicklungen der westdeutschen Presselandschaft wird ein äußerst schlechtes Zeugnis ausgestellt:

»Die journalistische Kategorie heißt: Verkauf. Die Nachricht als Ware, die Information als Konsum. Was nicht konsumierbar ist, muß sie ankotzen. Leserblattbindung bei den anzeigenintensiven Publikationsmitteln, ifas-Punktsysteme beim Fernsehen, das kann keine Widersprüche zwischen sich und dem Publikum aufkommen lassen, keine antagonistischen, keine mit Folgen. Den Anschluß an den mächtigsten Meinungsbildner am Markt muß halten, wer sich am Markt halten will; d. h. die Abhängigkeit vom Springerkonzern wächst in dem Maße, als der Springerkonzern wächst, der angefangen hat, auch die Lokalpresse einzukaufen. Die Stadtguerilla hat von dieser Öffentlichkeit nichts anderes zu erwarten als Feindschaft.« (RAF 1997b: 43).

Und an anderer Stelle heißt es lapidar:

»Daß fast alles, was die Zeitungen über uns schreiben – und wie sie es schreiben: alles – gelogen ist, ist klar.« (RAF 1997b: 28)

Die Publikationen: *Agit 883*, *FIZZ* und *Hochschulkampf (HSK)*

Die Zeitung *Agit 883* entsprang einem studentischen »Ausschuss für Öffentlichkeitarbeit«, der im Juni 1967 an der FU Berlin ins Leben gerufen worden war. Als Ziel wurde formuliert, dass man ein »kritisches Bewußtsein in einer breiteren Öffentlichkeit wecken und Ansätze zu selbständigem Denken unterstützen« möchte (Schneider/Taube/Strunk

o.J.: 3). »Die Zeitung soll ein Gegengewicht zu manipulierter Meinungsbildung sein.« (ebd.) Die erste offizielle Ausgabe erschien jedoch erst am 13. Februar 1969. »Agit« ist ein Kürzel des Begriffs Agitation, »883« sind die ersten Ziffern des Telefonanschlusses einer Privatwohnung, in der sich am Anfang die Redaktion befand (vgl. Andresen/Mohr/Rübner 2007: 29). Das Blatt wurde im Selbstverlag von einem »Redaktionskollektiv 883« herausgegeben, war als Kombination von politischem Diskussionsforum und kommerziellem Anzeigenblatt konzipiert und konnte sich schnell als Szeneblatt rund um APO und Studentenbewegung positionieren. Der Erscheinungsrhythmus war zu Anfang wöchentlich, später zweiwöchentlich.

Inhaltlich deckte das Blatt das volle Spektrum an politischen Themen ab, die die zeitgenössischen Diskussionen in der Gegenkultur dominierten.⁶¹ Die Verfasser der Artikel blieben anonym, die Sprache war meist untergriffig. Gegen die Zeitschrift wurden mehrere polizeiliche Ermittlungen und Strafverfahren wegen Beleidigung, Gotteslästerung, Verwendung verbotener Symbole sowie öffentlicher Aufforderung zu oder Billigung von Straftaten eingeleitet. Zahlreiche Ausgaben wurden beschlagnahmt (vgl. Anders 2007: 241). Der permanente Kleinkrieg mit der Justiz und Konflikte innerhalb des Redaktionskollektivs führten dazu, dass die Zeitschrift ab 1971 nur noch unregelmäßig erschien. Die letzte Ausgabe mit der Nummer 88 wird am 16. Februar 1972 ausgeliefert.

Die Gründung der *FIZZ* war eine Folge ideologischer Richtungskämpfe innerhalb der *Agit 883*. Diese Streitigkeiten entzündeten sich an Fragen über die Möglichkeiten und Chancen von Militanz und bewaffnetem Kampf, worauf der militantere Teil der Mitarbeiter die Redaktion verließ und im April 1971 mit der *FIZZ* eine eigenständige Zeitschrift aus der Taufe hob (vgl. Schmidt 2007: 117).

Deren Herausgeber ist ein Redaktionskollektiv im Eigenverlag. Sind bei der *Agit 883* in der Zeit nach der Gründung noch einige Mitarbeiter und später aus rechtlicher Notwendigkeit ein verantwortlicher Redakteur aus dem Impressum bekannt, ist bei der *FIZZ* das Impressum bewusst als scherzhafte Provokation angelegt. Für »Grafik und Design« zeichnen ein M.(ax) Ernst und ein A.(lbrecht) Dürer verantwortlich, für das Feuilleton der von den Nationalsozialisten ermordete Anarchist Erich Mühsam, für »Wirtschaft und Finanzen« der CSU-Chef F.(ranz)-J.(osef) S.(trauß) und für eine fiktive Rubrik »Sport und Porno« wird der SPD-Fraktionsvorsitzende H.(erbert) Wehner als Redakteur geführt.

Inhaltliche Schwerpunkte sind Auszüge aus klassischen Texten bekannter Theoretiker des Anarchismus, Reportagen aus der Berliner Drogenszene oder zu gleichgeschlechtlicher Emanzipation und Beiträge über Rock- und Popmusik. Die Publikationsdaten werden für die meisten Ausgaben nicht angegeben.

6 Berichte über Gerichtsverfahren gegen Aktivisten, Solidarität mit Gefangenen, umstrittene Gesetzesinitiativen, Faschismusanalyse, Arbeiterrechte, Sexualitätsdiskurse, Medienschelte und Kommentare zu Guerillabewegungen in Lateinamerika, Palästina und Vietnam.

Nur für die Nummern 7, 8 und 9 sind mit August, Oktober und November 1971 Monatsangaben auf den Titelseiten verzeichnet.

Ideologisch stand die Zeitschrift der Organisation der »Schwarzen Zellen« nahe, die sich der Propagierung von militanter Gegengewalt verschrieb und mehrfach Krawalle und Zusammenstöße mit der Polizei organisierte (vgl. Andresen/Mohr/Rübner 2007: 27). Der Name *FIZZ* sollte an das zischende Geräusch einer brennenden Lunte oder einer Bombe kurz vor der Explosion erinnern (vgl. Bartsch 1973: 188). In der Zeitschrift waren auch Anleitungen zum Bau von Brandsätzen zu finden. Fast alle Ausgaben wurden deshalb gerichtlich beschlagnahmt. Ursprünglich als 14-tägig erscheinendes Periodikum geplant, wurden bis zum Beginn des Jahres 1972 nur zehn Nummern gedruckt und danach die Produktion eingestellt.

Die erste Nummer der Zeitschrift *Hochschulkampf* mit dem Untertitel Kampfblatt des Initiativkomitees der Roten Zellen in Westberlin⁷⁾ erschien am 1. Februar 1971 im Selbstverlag. Sie war eine gemeinsame Gründung des besagten Initiativkomitees an der FU Berlin. Das Redaktionskollektiv setzt sich nach eigenen Angaben aus sieben Personen zusammen, die vom Komitee bestimmt wurden, diesem verantwortlich und jederzeit abwählbar waren. Außer einem im Impressum angeführten Geschäftsführer und dem Kontoinhaber für Abonnementzahlungen blieben die Autorinnen und Autoren auch hier anonym. Die Zeitschrift sympathisierte mit der parteiähnlichen Gruppierung der »Proletarischen Linken/Parteinitiative« (PL/PI), deren Wurzeln in Projektgruppen von Arbeitern der Elektroindustrie lagen (vgl. Andresen/Mohr/Rübner 2007: 25). Thematische Konstanten sind Berichte über die französische und italienische Linke, begeisterte Kommentare zur chinesischen Volksrepublik und Nordkorea sowie Betriebsberichte zu Arbeitskämpfen in Deutschland. Bis zur Einstellung im März 1972 erschienen 24 Ausgaben, wegen Doppelnummern faktisch nur 18.

Ergebnisse

Insgesamt beschäftigen sich sieben Artikel unmittelbar mit der Rezeption der RAF-Programmatik. Spitzenreiter ist die *FIZZ* mit vier Artikeln, gefolgt vom *HSK* mit zweien und dem Schlusslicht *Agit 883*, die sich nur in einem Artikel direkt zum Thema äußert.

Von der *Agit 883* wird die Kritik der RAF an theoretisierenden Intellektuellen und der Zersplitterung der politischen Linken in konkurrierende Kleinstgruppen geteilt. Sozialdemokratische und bolschewistische Organisationen, deren Interessen man mehr im Aufblähen der eigenen Organisation als in der Arbeit

7 Die Roten Zellen, auch Basisgruppen: lokale studentische und meist nach Fachbereichen (Rote Zelle Geographie etc.) organisierte maoistische Gruppierungen.

an gesellschaftlicher Veränderung sieht, werden als schlechte Kopie der zu zerschlagenden kapitalistischen Organisationsstruktur belächelt. Im Grunde würde es sich um nichts weiter als eine Ansammlung von sich gegenseitig bekämpfenden Sektierern handeln, die sich als »bloße Werbeagenturen in Sachen richtiger Linie« (Agit 883 1971: 8) entlarvten.

Allerdings wird auch die RAF selbst als radikale Sekte und damit als Teil des Problems betrachtet. Penetrante Verweise auf einen Vorrang der Praxis nimmt man der RAF nicht ab. Man meint in ihr einen undisziplinierten Haufen dogmatischer »Superleninisten« (Agit 883 1971: 8) zu erkennen, der sich von anderen radikalen Splittergruppen nur durch das Tragen einer Waffe unterscheidet. Es seien Leninisten, die sich zwar betont theoriefrei gäben, aber unter Zuhilfenahme kontextbefreiter und verkürzter Zitate kommunistischer Theoretiker ein wackeliges Konzept konstruierten, das als Handlungsanleitung zur Umsetzung einer vorgeblich richtigen Praxis herangezogen werde. Das habe aber nichts mit der von der *Agit 883* eingeforderten tiefgehenden Analyse zeitgenössischer gesellschaftlicher Entwicklungen zu tun, die von der RAF gar nicht begriffen würden. Man kritisiert, dass die Gruppe ihr Konzept nur aus »oberflächlichen Reflexionen über die heutige Zeit zusammengeflickt« (Agit 883 1971: 8) habe.

Zu Fragen der Gewaltanwendung hat die *Agit 883* ein ambivalentes Verhältnis. Eine Distanzierung findet nicht statt. Physischer Gewalt wird eine potentiell positive propagandistische Wirkung zugesprochen. Auch legt eine Bemerkung zu »Überlebensaktionen« (Agit 883 1971: 8) durch die RAF den Schluss nahe, dass die Anwendung von Gewalt gegenüber dem Staat als Notwehr angesehen werden könne und daher entschuldbar sei. Trotzdem wird bemängelt, die Gewaltanwendung und den Klassenkampf übermäßig zu »romantisieren« (Agit 883 1971: 9) und mit unüberlegten Aktionen rasche Veränderungen erzwingen zu wollen. Damit verkomme die Theorie vom Primat der Praxis zur simplen Rechtfertigungsstrategie von

»WILD GEWORDENEN LENINISTEN, denen selbst ein Parteaufbau zu langwierig und umständlich war, so daß sie lieber mal GLEICH SO RICHTIG LOSSCHLUGEN« (Agit 883 1971: 8 [Hervorheb. i. O.]).

Die *FIZZ* zeigt sich dagegen meist auf einer Linie mit der RAF und nimmt diese gegen Anfeindungen in Schutz. Der einzige Punkt, der speziell an der Schrift *Konzept Stadtguerilla* beanstandet wird, ist der nach Ansicht der Redaktion zu wenig kämpferische Tonfall. Auch das Fehlen einer sozio-ökonomischen Analyse wird bedauert (vgl. *FIZZ* 1971a: 4). Um diesen Makel zu beheben, wird die Analyse durch eigene Kommentare ergänzt. Einige Aspekte dieser Betrachtung wirken dabei aus heutiger Sicht sehr vertraut. Ansichten über Demokratie, Parlamentarismus und den Rechtsstaat erinnern an Debatten, wie sie am politischen linken

oder rechten Rand – und teilweise schon darüber hinaus – noch immer geführt werden. Beschwerden über die angebliche Metamorphose des modernen Verfassungsstaats in einen Interventionsstaat, der zunehmend in das Alltagsleben seiner Staatsbürger eingreift, diese mit bürokratischen Schikanen und vorgeblich wohlmeinenden Verboten drangsaliert und dessen administrativer Apparat sich der Aufsicht der Parlamente entzieht (vgl. FIZZ 1971c :3), lassen sich in Diskurse der Gegenwart fast nahtlos übertragen.

Für die FIZZ hatte sich der Großteil der deutschen Linken mitsamt ihres Theoriefetischismus durch die voreilige Distanzierung von der RAF bereits selbst auf den »Müllhaufen der Geschichte« (FIZZ 1971a: 4) befördert. Überhaupt wird es als einer der größten Fehler der RAF kritisiert, sich von der deutschen Linken Verständnis für das Konzept erhofft zu haben. Der Vorwurf des Leninismus sei gegenüber der RAF zwar zutreffend, aber angesichts ihrer Praxis nur inhaltslose Plattitüde. Pauschal werden sämtliche die RAF kritisierenden Organisationen entweder als »feige-reformistisch« oder gleich als »bürgerlich-konterrevolutionär« (FIZZ 1971b: 5) abgestempelt.

»WER SICH NICHT MIT DEM KAMPF GEGEN DIE SCHWEINE SOLIDARISIERTE, SOLIDARISIERTE SICH MIT DEN SCHWEINEN« (FIZZ 1971b: 5; Hervorheb. i.O.), lautet das Urteil.

Die Auffassungen über die bürgerliche Presse und die Notwendigkeit einer revolutionären Avantgarde sind identisch mit denen der RAF. Solange Gewalt oder kriminelle Machenschaften ihr der Revolution als dienlich erscheinen, zeigt die FIZZ wenig Skrupel zu deren Anwendung, was bei einer Zeitschrift, die Anleitungen zum Brandbombenbau enthält, kaum überrascht. Banküberfälle werden als »Enteignungsaktionen« (FIZZ 1972: 7) bezeichnet, die damit ideologisch und moralisch gerechtfertigt werden. Die Mitglieder der RAF werden zu Heldinnen und Helden stilisiert, deren Opferbereitschaft gleichzeitig als legitimes Privileg gesehen wird, über das zu richten niemandem zustehe, und deren Bereitschaft, den »kleinen Bullen« zu schonen, solange der einer »notwendigen Aktion« nicht im Weg steht, als Akt der Großmut verkauft wird (vgl. FIZZ 1972: 7). Angesichts dieser Auffassungen wirkt die angebliche Sorge um harmlose Nachtwächter und Verkehrspolizisten, die als kleine Helfershelfer nicht »aus den Stiefeln geschossen werden« dürften (ebd.), wie ein gezwungener Versuch, das eigene Gewissen zu beruhigen und weniger extreme Sympathisanten nicht zu verschrecken.

Der *Hochschulkampf* (HSK) spart ebenfalls nicht mit Kritik an der deutschen Linken und den parteiähnlichen Nachfolgeorganisationen der Studentenbewegung. Sie ist das einzige der drei Periodika, das mit der KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation) und der PL/PI (Proletarische Linke/Parteiinitiative) Organisationen namentlich nennt und deren Haltungen

gegenüber der RAF beanstandet. Die Betonung dieser beiden Organisationen war darin begründet, dass der HSK ein ideologisches Nahverhältnis zur PL/PI unterhielt, die in Konkurrenz zur KPD/AO stand.

Auch der HSK hielt an der Notwendigkeit fest, revolutionäre Bestrebungen zu unterstützen. Deshalb werden die Konzepte der RAF als wichtiger Input zu einer Diskussion um revolutionäre Gewalt anerkannt. Sie werden als ernstzunehmender Versuch gesehen, die Frage nach dem Beitrag schwacher revolutionärer Kräfte zur Initiierung von Massenaufständen zu klären. Zwar ordnet man die RAF klar dem Lager der Anarchisten zu, deren Ambitionen ohne kommunistische Gesamtstrategie und begleitende politische Maßnahmen zum Scheitern verurteilt seien. Doch man lässt sich auf das Selbstbild der RAF als Guerillatruppe ein und versucht, über eine theoretische Annäherung an die militärische Praxis des Guerillakriegs die Eignung dieser Taktik für westdeutsche Verhältnisse zu beleuchten (vgl. HSK 1971: 10).

Für den HSK ist das Ergebnis, dass für den Erfolg dieser Strategie die gesellschaftlichen Bedingungen denkbar ungünstig seien, weil in der BRD lateinamerikanische Ausmaße der Massenverelendung als Katalysator für eine allgemeine Revolutionsbereitschaft fehlten (vgl. HSK 1971: 11). Übersehen wird dabei, dass das der RAF ebenso bewusst ist (vgl. RAF 1997: 31). Auch sieht man es als problematisch an, dass Sabotageaktionen in Ballungsräumen auch jenen Teil der Bevölkerung trafen, auf deren Unterstützung man für den dauerhaften Erfolg der Revolution angewiesen sei. Das Konzept einer Stadtguerilla im streng militärischen Sinn erscheint dem HSK deshalb als ungeeignet (vgl. HSK 1971: 12).

In der Annahme der RAF, dass durch beispielhafte Aktionen einer kleinen Speerspitze (Avantgarde = Vorhut) bei den Volksmassen ein revolutionäres Bewusstsein entsteht, erkennt die Redaktion des HSK eine Neubelebung der Idee der »Propaganda der Tat« (HSK 1971: 10) russischer Anarchisten des 19. Jahrhunderts. Die Massen werden dabei nicht durch wortreiche Propaganda, sondern durch musterhafte Praxis zum Kampf motiviert. Bemängelt wird daran, dass die Propaganda der Tat anscheinend das politische Programm ersetzt, denn es ließe sich in den Schriften der RAF nichts über deren eigentliche politische Ziele finden (vgl. HSK 1971: 10). Weiter wird analysiert, dass die Entpolitisierung ihrer beabsichtigten Aktionen daran liege, dass die RAF mit jeder ihrer Unternehmungen den Endpunkt der Revolution vorwegnehmen wolle. Ihr

»Sturmloch gegen die kapitalistischen Machtzentren gleicht so eher einem Amoklauf, der sich im Kreise des Kapitalismus dreht « (HSK 1971: 10).

Werde voller Ungeduld und politisch planlos agiert, würden gesellschaftliche Bedürfnisse nicht berücksichtigt und das Ausüben von Gewalt zum zentralen Inhalt revolutionärer Tätigkeit erklärt, dann verpuffe jede propagandistische

Wirkung. Übrig bliebe dann nur sektiererischer Terrorismus. Deshalb stehe der Primat der Politik weiterhin über einer bewaffneten Gewaltpraxis.

Eine Verurteilung dieser Gewalt findet in den kühlen Kalkulationen des HSK allerdings keinen Platz.

Schlussbetrachtung

Trotz weltanschaulicher Parallelen variieren die Beurteilungen der RAF durch *Agit 883*, *FIZZ* und *Hochschulkampf* stark und reichen von positiver Zustimmung der *FIZZ* über den interessierten, aber skeptischen Zugang des HSK bis zum verächtlichen Bild einer Ansammlung von Möchtegern-Revolutionären der *Agit 883*. Für die *FIZZ* stellt sich die RAF als heroische Guerillatruppe in bester Tradition lateinamerikanischer Freiheitskämpfer dar. Auch der HSK nimmt die RAF beim Wort und versucht die Anwendbarkeit einer Guerillastrategie auf die Bundesrepublik ernsthaft zu analysieren, erklärt die RAF dann aber zu einem Zusammenschluss von ungedulden und orientierungslosen Anarchisten. Für die *Agit 883* ist die Einschätzung, bei den Mitgliedern der RAF handele es sich um wahre Anarchisten, dagegen eine geradezu lächerliche Idee. Sie meint in der RAF einen Kader unreifer Dogmatiker zu erkennen, die mit viel oberflächlichem Gerede und ihrem zur Schau gestellten Handlungsdrang darüber hinwegtäuschen wollten, dass sie sowohl für eine echte Parteigründung als auch für konsequentes Theoriestudium zu faul sind.

Die drei Zeitschriften sind sich darüber einig, dass ein bewaffneter Kampf unbedingt in einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse des Proletariats verankert und in eine umfassende Massenbewegung eingebunden werden muss. Die Annahme der RAF, dass bewaffnete Widerstandsgruppen den wahren Kern des Klassenkampfes ausmachen, wird aber nur von der *FIZZ* geteilt. Für *HSK* und *Agit 883* können diese nicht mehr als eine Ergänzung sein. Nur der *HSK* gebraucht in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der RAF einmal den Begriff »Terrorismus« in tendenziell negativem Verständnis. Näher erläutert wird das jedoch nicht.

Einige Bedeutung wird auch dem Begriff der »Solidarität« im kritischen Umgang mit der RAF zugeschrieben. Die *Agit 883* moniert eine Erosion solidarischer Diskurse, die ob der zahlreichen Polit-Sekten immer schwieriger zu führen seien, und betont die Notwendigkeit solidarischer Kritik an der RAF. Auch die *FIZZ* schreibt, dass der beste Weg, sich mit der RAF auseinanderzusetzen, eine solidarische Kritik sei. Das lässt sich als das Ziehen einer Grenze interpretieren, die auch die schärfsten Kritiker der RAF nicht überschreiten wollen. Man mag die RAF zwar argumentativ heftig unter Druck setzen, aber man weist darauf hin, dass man nicht beabsichtige, das Existenzrecht der Gruppe oder deren Ziele

an sich in Frage zu stellen. Gleichzeitig wird mit der Überbetonung von Solidarität signalisiert, dass jegliche Einmischung von Außenstehenden – also eine unsolidarische, zerstörerische Kritik – nicht zu dulden sei.

Manchmal wird auch eine Meinung, die eine Zeitschrift zur RAF vertritt, von einer anderen aufgegriffen und hinterfragt. So wird beispielsweise von der *Agit 883* in einem Nebensatz angemerkt, dass die *FIZZ* als Zersetzungsprodukt der antiautoritären Bewegung mit ihrer verbalradikalen Zustimmung zur RAF eigene Probleme vertuschen wolle (vgl. *Agit 883* 1971: 8). Die *FIZZ* revanchiert sich damit, dass sie sich in einem Artikel in Anspielung auf die *Agit 883* über die Bezeichnung »leninistisch« für die RAF als bedeutungslose Worthölse lustig macht (vgl. *FIZZ* 1972: 6).

Zum Ende sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die RAF zum Zeitpunkt des Erscheinens des *Konzepts Stadtguerilla* zwar durch kriminelle Aktionen bereits zu zweifelhaftem Ruhm gelangt war, aber ihre Karriere als gefürchtete Terrorgruppe noch nicht begonnen hatte. Die Beurteilungen der drei Zeitschriften erfolgen deshalb in einer Übergangsphase zwischen »gerade noch theoretisieren« und »noch nicht ganz praktizieren«, in der noch über die RAF diskutiert werden konnte, ohne zu wissen, ob diese ihre Ankündigungen zum bewaffneten Kampf jemals umsetzen würde.

Für die kurze Zeitspanne von Mai 1970 (Baader-Befreiung) bis Mai 1972 (Beginn ihrer Bomben-Offensive) war die RAF in den Augen ihrer Sympathisanten wie ihrer Kritiker nur eine von zahlreichen gewaltbereiten Gruppierungen jugendlicher Idealisten, die in der aufgeheizten Atmosphäre der 68er-Bewegung entstanden waren, aber jeweils auch ganz eigene Vorstellungen vom Weg zur Weltrevolution hatten. In dem Maße, wie sich diese Vorstellungen von anderen Gruppierungen unterschieden, in dem Maße spiegelt sich diese Zersplitterung und Zerstrittenheit dann auch – ganz »solidarisch« – in den diversen Urteilen über die RAF wider.

Über den Autor

Gernot Pürer (*1975), Mag. phil., studierte Geschichte und Publizistik an der Universität Wien. Kontakt: gpuerer@gmx.net

Primärliteratur

- Agit 883 (1971): Rote Armee Fraktion. Leninisten mit Knarren. In: *Agit 883*, 3(86), S. 8-9.
- FIZZ (1971a): Die RAF und Wir. In: *FIZZ*, 1(4), S. 4.
- FIZZ (1971b): Stadtguerilla hier und jetzt und warum Teil 1. In: *FIZZ*, 1(4), S. 5.
- FIZZ (1971c): Stadtguerilla hier und jetzt und warum Teil 2. In: *FIZZ*, 1(5), S. 3.
- FIZZ (1972): Thesen zum Konzept Stadtguerilla. In: *FIZZ*, 2(10), S. 6-7.
- HSK (1971): RAF-Kritik. Die Gewehre dürfen niemals die Politik ersetzen. In: *Hochschulkampf*, 1(11), S. 10-12.
- RAF Kollektiv (1970): Die Rote Armee aufbauen! In: *Agit 883*, 2(61), S. 2.
- RAF Kollektiv (1997a): Die Rote Armee aufbauen. In: ID-Verlag (Hrsg.): *Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*. Berlin: Independent Verlagsgesellschaft, S. 24-26.
- RAF Kollektiv (1997b): *Das Konzept Stadtguerilla*. In: ID-Verlag (Hrsg.): *Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*. Berlin: Independent Verlagsgesellschaft, S. 27-46.
- Schneider, Dirk; Taube, Peter; Strunk, Tobias (o.J.): *A – Die Kritische Zeitung. Arbeitspapier*. Berlin: Eigenverlag, S. 3.

Sekundärliteratur

- Anders, Freia (2007): *Agit 883 im Fokus der Strafjustiz*. In: rotaprint 25 (Hrsg.): *agit 883. Bewegung Revolte Underground in Westberlin 1969-1972*. Hamburg/Berlin: Assoziation A, S. 241-253.
- Andresen, Knud; Mohr, Markus; Rübner, Hartmut (2007): *Unruhe in der Öffentlichkeit. Agit 883 zwischen Politik, Subkultur und Staat*. In: rotaprint 25 (Hrsg.): *agit 883. Bewegung Revolte Underground in Westberlin 1969-1972*. Hamburg/Berlin: Assoziation A, S. 17-44.
- Bartsch, Günter (1973): *Anarchismus in Deutschland, Bd. 2. 1965-1973*. Hannover: Fackelträger Verlag.
- Elter, Andreas (2008): *Propaganda der Tat. Die RAF und die Medien*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Enzensberger, Hans Magnus (1974): *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. In: Enzensberger, Hans Magnus: *Palaver. Politische Überlegungen (1967-1973)*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 91-129.
- Hooffacker, Gabriele (2020): *Copycats oder innovativ und integrativ? Ein Vorschlag zur Beurteilung von »Alternativmedien«*. In: *Journalistik*, (3)3, S. 250-262.

- Juchler, Ingo (2006): *Trikontinentale und Studentenbewegung. Antiimperialismus als Schibboleth*. In: Kraushaar, Wolfgang: *Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1*. Hamburg: Hamburger Edition, S. 205-217.
- Kraushaar, Wolfgang (2006a): *Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf*. In: Kraushaar, Wolfgang: *Die RAF und der linke Terrorismus, Bd.1*. Hamburg: Hamburger Edition, S. 218-247.
- Kraushaar, Wolfgang (2006b): *Kleinkrieg gegen einen Großverleger. Von der Anti-Springer Kampagne der APO zu den Brand- und Bombenanschlägen der RAF*. In: Kraushaar, Wolfgang: *Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2*. Hamburg: Hamburger Edition, S. 1075-1116.
- Mayring, Philip (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Peters, Butz (1991): *RAF. Terrorismus in Deutschland*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schneider, Franz (1969): *Große Koalition. Ende oder Neubeginn?* München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Straßner, Alexander (2008): *Perzipierter Weltbürgerkrieg: Rote Armee Fraktion in Deutschland*. In: Straßner, Alexander (Hrsg.): *Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 209-236.
- Wimmer, Jeffrey (2007): *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*. Wiesbaden: Springer VS.